



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 039-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.52

Eingereicht am: 07.03.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Kocher Hirt (Worben, SP) (Sprecher/in)
Beutler-Hohenberger (Gwatt, EVP)
Zimmerli (Bern, FDP)
Herren-Brauen (Rosshäusern, Die Mitte)
von Wattenwyl (Tramelan, Grüne)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 10.03.2022

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Verbesserungen für die Pflege sind dringend – Teil 1

Das Schweizer Stimmvolk hat am 28. November 2021 mit 61 Prozent und 22,5 Ständesstimmen die Volksinitiative für eine starke Pflege deutlich angenommen. Auch in unserem Kanton Bern hat die Bevölkerung mit einem Ja-Stimmenanteil von 63,9 Prozent (bei einer Stimmbeteiligung von 66,7 Prozent) zugestimmt. Dieses klare Verdikt des Volkes besagt eines ganz deutlich: Die Pflege muss dringend bessergestellt werden, und zwar mit besseren Arbeitsbedingungen und genügend Personal auf allen Schichten, damit auch eine gute Pflegequalität sichergestellt werden kann. Zudem macht die Pandemie auch den eklatanten Mangel an Expertinnen Anästhesie-, Notfall- und Intensivpflege deutlich. Von ihrer Zahl hängt die Versorgungslage in der Schweiz stark ab.

Der Bundesrat hat am 12. Januar 2022 angekündigt, ohne vorgängige Vernehmlassung eine Botschaft für eine Ausbildungsinitiative ans Parlament zu überweisen. Diese entspricht dem indirekten Gegenvorschlag, den das Bundesparlament bereits erarbeitet hatte (Registernummer 19.401).

Auf kantonaler Ebene geht es nun darum, rasche Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen und der Pflegequalität sowie die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu realisieren, um den Bedarf an qualifiziertem Pflegefachpersonal sicherzustellen. Mit geeigneten Massnahmen ist die Berufsverweildauer zu erhöhen, und es müssen mehr Personen den Pflegeberuf ergreifen. Diese Aufgaben können und müssen aufgrund der Dringlichkeit in Angriff genommen werden, bevor die Bundesgesetzgebung vorliegt.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Verfügt die Regierung über die gesetzlichen Grundlagen, um Gelder für eine Ausbildungs-offensive in der Pflege zu sprechen und den vorgesehenen Bundesbeitrag abzuholen?
2. Bestehen bereits Konzepte, um den kantonalen Bedarf an Pflegepersonal zu messen und die Kosten zu dessen Deckung zu berechnen?
3. Wie kann die Regierung kurz- und mittelfristig mehr Ausbildungskapazitäten in der Pflege schaffen, unterstützen und diese besetzen/ausfüllen?
4. Wie beabsichtigt der Regierungsrat, die Ausbildung und Weiterbildung in der Pflege für französischsprachige Personen im Kanton zu fördern?
5. Ist die Regierung bereit, die Ausbildungstätten/Leistungserbringer für den Mehraufwand in der Berufsbildung Pflege im zweisprachigen Kantonsgebiet zusätzlich zu unterstützen?

Begründung der Dringlichkeit: Im nationalen Parlament werden die Arbeiten zur Umsetzung der Pflegeinitiative und im speziellen die Ausbildungsoffensive angegangen. Damit der Kanton Bern keine Zeit verliert, sind die notwendigen Schritte jetzt rasch anzupacken.

Verteiler

– Grosser Rat